

Der 2. Bauabschnitt verursache 3,5 Millionen DM Kosten und sei daher nicht mehr bedarfsplanrelevant.

Der Ausschuß nimmt diese Ausführungen zur Kenntnis und sieht dementsprechend die Anträge als erledigt an.

L 854: Medebach/Oberschledorn - B 251 bei Usseln

Die von SPD und CDU beantragte Aufstufung nach "B" wird bei Enthaltung der F.D.P. beschlossen.

L 870: Brilon - Brilon/Madfeld
1. und 2. Bauabschnitt

Abg. Böse (SPD) begründet den Antrag, die Maßnahme entfallen zu lassen, damit, daß nach seinen Informationen die L 870 zur B 7 aufgestuft werden solle. - MR Theilmeier (MSWV) bestätigt, daß diese Landesstraße nach Fertigstellung der Ostumgehung Brilons zur B 7 aufgestuft werden solle.

Der Ausschuß beschließt daraufhin einvernehmlich, die Maßnahme entfallen zu lassen.

L 876: Rödinghausen - Porta Westfalica/Barkhausen
5. BA Hülhorst/Schnathorst - Hille/Rothenuffeln

Abg. Dreyer (CDU) weist darauf hin, daß man bereits über das Linienbestimmungsverfahren hinaus und der Entwurf in Arbeit sei.

Die von der CDU beantragte Aufnahme in "B" wird einvernehmlich beschlossen.

L 889: Oer-Erkenschwick - Castrop Rauxel
4. BA L 628 - K 20

Die von SPD und CDU beantragte Aufstufung nach "B" wird einvernehmlich beschlossen.

L 893: Wilnsdorf/Niederdielfen

Mit den Stimmen der SPD wird der Vorschlag von CDU und F.D.P. auf Aufnahme in "B" abgelehnt und die Aufnahme in "mwB" beschlossen.

L 921: Halle - Werther/Theenhausen

Die von SPD und CDU beantragte Aufnahme in "B" wird einvernehmlich beschlossen.

L 948: Schieder - Schwalenberg/Schieder

Die von SPD und CDU beantragte Aufnahme in "B" wird einvernehmlich beschlossen.

Nach Abschluß der Beratung dieser Maßnahmenliste weist Abg. Böse (SPD) darauf hin, daß der ab 1. Januar 1988 geltende Landesstraßenbedarfsplan und der Landesstraßenausbauplan um die im Jahre 1987 fertiggestellten Maßnahmen korrigiert werden müsse.

MR Theilmeier (MSWV) erläutert, der Bedarfsplanentwurf sei auf ein Inkrafttreten am 1. Januar 1987 ausgerichtet, einen Termin, der inzwischen vergangen sei. Im Jahre 1987 seien etwa 10 bis 12 Maßnahmen fertiggestellt worden, die sich noch im Entwurf befänden und die man jetzt aus dem Bedarfsplanentwurf herausnehmen müsse. Er kündigt an, daß das Ministerium dem Verkehrsausschuß eine Liste mit den fertiggestellten und demzufolge aus dem Plan herauszunehmenden Maßnahmen zuleiten werde.

Verkehrsausschuß
34. Sitzung

05.11.1987
the-ro

Staatssekretär Dr. Nehrling bittet um die Ermächtigung, in der Karte, die ja den Gesetzentwurf darstelle, erforderlichenfalls noch redaktionelle Änderungen vornehmen zu dürfen.

Der Vorsitzende weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß nur die Karte und nicht etwa die einzelne Maßnahme Bestandteil des Gesetzentwurfes werde, so daß sie schon so genau wie möglich sein und auf jeden Fall dem entsprechen müsse, was heute beschlossen worden sei.

Abg. Dreyer (CDU) geht davon aus, daß die Landesregierung in der Lage sei, eine Karte zu erstellen, die in Übereinstimmung mit dem Willen des Ausschusses stehe. Es sei allerdings fraglich, ob die Karte schon für die Beratungen im Plenum zur Verfügung stehen werde, zumal sich aus diesen Beratungen noch Änderungen ergeben könnten und zum Beispiel auch die Entscheidung über die L 512 heute noch offengeblieben sei.

Zur bevorstehenden Schlußabstimmung merkt er folgendes an: Viele Anträge der CDU-Fraktion seien in den heutigen Beratungen angenommen worden, wofür er sich ausdrücklich bedanke. Er habe allerdings im Drange der Arbeit noch keine Abwägung zwischen den angenommenen und den abgelehnten Anträgen vornehmen können.

Gerade wegen der offengebliebenen Entscheidung über die L 512 sehe er sich nicht in der Lage, ein eindeutiges Ja zu sagen; andererseits habe er wegen der noch nicht vorgenommenen Abwägung keine Grundlage für ein klares Nein. Deswegen werde sich die CDU-Fraktion bei der Schlußabstimmung über die Liste der Stimme enthalten, was aber nicht als eine Vorwegnahme der endgültigen Entscheidung verstanden werden sollte.

Abg. Böse (SPD) möchte wissen, ob die CDU dem Text des Gesetzes zustimmen werde.

Der Vorsitzende betont, daß es sich um e i n e n Gesetzentwurf handle; die Karte, die dem entsprechen müsse, was in der Liste festgelegt worden sei, sei Teil dieses Gesetzentwurfs, über den insgesamt abgestimmt werden müsse.

Abg. Dreyer (CDU) ist dagegen der Meinung, daß drei Abstimmungen vorgenommen werden könnten: eine Abstimmung über das Gesetz, eine Abstimmung über die Anlagen und eine Schlußabstimmung.

Abg. Böse (SPD) bittet die Landtagsverwaltung um Prüfung, ob die Auffassung von Abg. Dreyer (CDU) hinsichtlich der Möglichkeit getrennter Abstimmungen zutreffe.

Im übrigen hielte er es für wünschenswert, wenn dem Bedarfsplan in der jetzt erarbeiteten Fassung zumindest die beiden großen Fraktionen zustimmen könnten. Denn es habe sich in den Beratungen und auch bei den Bereisungen vor Ort gezeigt, daß Straßenbau unabhängig von der jeweiligen politischen Landschaft unter sehr vielen Aspekten gesehen werde, daß Straßenbau sehr schwierig geworden sei und immer noch schwieriger werde.

Deswegen sollte man versuchen, im Lande einen breiten Konsens zu finden, um damit auch den Kommunen im Lande ein Zeichen zu geben, daß man Straßenbau in Zukunft nur noch realisieren könne, wenn man an einem Strick ziehe und gemeinsam die gesteckten Ziele auch gegen Widerstände von Gruppen oder auch einzelnen Bürgern verteidige, die im wohlverstandenen Sinne Kritik übten und die man deswegen nicht immer gleich an bestimmte Stellen des politischen Spektrums verbannen dürfe.

Der Vorsitzende macht deutlich, daß ihm sehr daran liege, nach den monatelangen intensiven Beratungen zu einem einvernehmlichen Votum zu kommen, wobei er nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, daß nur eine Abstimmung über den gesamten Gesetzentwurf möglich sei.

Er gibt zu bedenken, ob man die Schlußabstimmung heute aussetzen und sie in der nächsten Sitzung ohne Aussprache durchführen sollte, um den Fraktionen noch Zeit zur Überprüfung ihrer Meinungen zu lassen.

Abg. Dreyer (CDU) betont, daß es ihm nach den ausgiebigen Arbeiten an dem Gesetz nicht leichtfallen würde, sich der Stimme zu enthalten. Hinzu komme, daß es über das, was in das Gesetz aufgenommen worden sei, keinerlei Dissens gebe; Probleme, dem Gesetz zuzustimmen, ergäben sich nur daraus, daß einige wichtige Projekte auf der Strecke geblieben seien. Die Fraktion aber habe bisher nur dem zugestimmt, was die CDU hier im Ausschuß vorgetragen habe; insofern bedürfte es auch einer Rückkoppelung mit der Fraktion.

Deswegen würde es ihm entgegenkommen, wenn man nach der heutigen Detailberatung und -abstimmung die Schlußabstimmung auf die nächste Sitzung vertagen könnte.

Der Vorsitzende geht davon aus, daß sich die CDU-Abgeordneten des Verkehrsausschusses in der Zwischenzeit um eine Zustimmung ihrer Fraktion zu den gefaßten Beschlüssen bemühten, damit auch im Plenum ein breiter Konsens zu dem ohnehin sehr schwierigen Straßenbau erzielt werde.

Verkehrsausschuß
34. Sitzung

05.11.1987
the-ro

Der Ausschuß kommt daraufhin überein, die Schlußabstimmung ohne Diskussion in der nächsten Sitzung am 12. November 1987 vorzunehmen.

Staatssekretär Dr. Nehrling sagt abschließend zu, dem Ausschuß die Maßnahmenliste für den Ausbauplan schnellstmöglich - also in etwa 14 Tagen - zuzuleiten. Wenn hierzu auch nur das Benehmen herzustellen sei, so sei die Regierung dennoch für Anregungen dankbar.

Zu 2: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988 (Haushaltsgesetz 1988)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/2250 und 10/2530
Vorlagen 10/1170, 10/1193 und 10/1194

Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Kapitel 08 080 - Förderung der Luftfahrt

a) Aussprache über die Einführung in den Etat durch den Minister

Keine Diskussion - Siehe Seite 1 dieses Protokolls.

b) Beratung

Abg. Aigner (SPD) geht vorab auf den Flughafen Düsseldorf ein, der allein jährlich 80 Millionen bis 90 Millionen DM und zusammen mit allen damit verbundenen Unternehmen jährlich über 800 Millionen DM Steuern zahle und 8 000 Arbeitnehmer beschäftige. Dies allein wäre seines Erachtens wichtig genug, sich mit diesem Flughafen zu befassen; die Standortbedeutung dieses Flughafens für das Land Nordrhein-Westfalen und seine Wirtschaft schätze er jedoch noch wesentlich höher ein.

Verkehrsausschuß
34. Sitzung

05.11.1987
the-ro

In der jüngeren Vergangenheit seien auf diesem Flughafen ständig Verspätungen bei der Abfertigung zu beklagen. Geschäftsleute aber, die auf die Einhaltung von Terminen besonders stark achten müßten, seien auf eine relativ pünktliche Abwicklung der Abfertigung angewiesen; andernfalls bestehe die Gefahr, daß sie von Frankfurt oder Amsterdam aus flögen, was den Flughafen Düsseldorf in seiner Entwicklung und Umständen gar in seinem Bestand und auch die wirtschaftliche Situation in Nordrhein-Westfalen beeinträchtigen würde.

Seine Nachforschungen hätten ergeben, daß ein wichtiger Grund für diese Verspätungen in dem Personalmangel bei der Sicherheitsüberprüfung liege. Wenn ein Flugzeug aber nicht rechtzeitig starte, komme es angesichts der engen zeitlichen Folge der Flüge auf den Luftstraßen zu weiteren Verzögerungen.

Zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Abfertigung fehlten in diesem Bereich - der zur Polizei gehöre und deswegen beim Innenminister angesiedelt sei - 30 Bedienstete. Er könne dafür im Moment keinen Deckungsvorschlag unterbreiten und könne auch nicht übersehen, ob man sich noch einmal mit dem Stellenplan befassen könne. Ihn interessiere nur, ob das Problem bekannt sei und was das Ministerium glaube tun zu können, damit die beschriebene Entwicklung eingedämmt werden könne.

Das Ministerium, so antwortet Ministerialdirigent Tümpel (MWMT), sehe diese Entwicklung auf dem Flughafen mit Sorge. Es handle sich dabei aber nicht in erster Linie um ein Problem zusätzlicher Stellen, sondern darum, daß nach dem jetzigen Kenntnisstand des Ministeriums bei dem vorhandenen Personal zu viele Ausfälle zu verzeichnen seien: Der Fehlbestand mache dort über 30 % aus und liege damit weit über dem Durchschnitt. Wenn man einen den üblichen Maßstäben entsprechenden Personaleinsatz hätte, würde zumindest ein erheblicher Teil der angesprochenen beklagenswerten Zustände nicht eintreten.

Der Wirtschaftsminister werde an den zuständigen Innenminister herantreten, um zu einer Verbesserung des Personaleinsatzes zu kommen, und nötigenfalls auch um Aufstockung des Stellenplans bemüht sein.

Abg. Aigner (SPD) räumt ein, daß der über 20 % liegende Krankenstand möglicherweise damit zusammenhänge, daß das dort beschäftigte Personal "Schonschichten" fahren müsse.

Zum anderen werde aber offenbar auch zu den Verkehrsspitzen verstärkt Urlaub genommen. Nach seiner Einschätzung müßte vom Wirtschaftsminister beim Innenminister angemahnt werden, auf eine vernünftige Urlaubsplanung zu achten.

Dennoch werde aber auch einiges Personal fehlen. Leider sei das Problem in keiner Vorlage angesprochen worden. Er frage, ob der Wirtschaftsminister Möglichkeiten sehe, zwischen zweiter und